

«Nein zu Deutschland als Kriegspartei – Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!»

(CH-S) *Unabhängig von der Frage nach einer «Kriegsschuld» muss die katastrophale Eskalation in der Ukraine schnellstmöglich beendet werden. Einen wichtigen Beitrag dazu kann eine starke Friedensbewegung leisten. Deshalb ist der auf «NachDenkSeiten» veröffentlichte Aufruf sehr zu unterstützen.*

* * *

Es folgt ein Aufruf von:

*Prof. Dr. Peter Brandt (Historiker),
Reiner Braun (Intern. Friedensbüro),
Anke Brunn (Landesministerin a.D.),
Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin a.D.),
Bärbel Dieckmann (Eh. Präsidentin Welthungerhilfe),
Ulrike Eifler (Gewerkschaftssekretärin),
Michael Müller (Parl. Staatssekretär a.D.),*

*Helga Schwitzer (ehem. gfVorstand IG Metall),
Jörg Sommer (Vors. Deutsche Umwelthilfe) und
Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag),
verbunden mit der Anregung zur Unterstützung.*

Anfang der 1980er-Jahre fanden in der Bundesrepublik Grossdemonstrationen gegen die Stationierung von *Pershing*-Raketen statt. Sie waren ein Ausdruck für die Stärke der Friedensbewegung in der deutschen Zivilgesellschaft. In der damaligen DDR forderten ebenfalls viele Demonstranten, «Schwerter zu Pflugscharen» zu machen. An diesen breiten Friedenswillen knüpfen wir an. Wir fordern ein Ende des Krieges. Wer uns und den Aufruf unterstützen will, kann das tun unter *Friedenschaffen.net*.

*Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=118267>,
17. Juli 2024*

Aufruf

Nein zu Deutschland als Kriegspartei – Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!

Was unser Land braucht, ist eine *starke Friedensbewegung*, die sich der zunehmenden Militarisierung in der Politik und den öffentlichen Debatten entschieden widersetzt. Das haben wir in den 1980er-Jahren gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen getan, und das tun wir auch heute. In der Ukraine ist die Eskalationsdynamik des Krieges ungebrochen und verschärft sich weiter. An dieser historischen Weichenstellung dürfen wir nicht schweigen.

Vor einem Jahr haben wir mit dem Aufruf «Frieden schaffen jetzt!», dem sich auch viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen angeschlossen haben, den Bundeskanzler aufgefordert, schnell auf einen Waffenstillstand zu drängen und Friedensverhandlungen zu vermitteln. Doch das Töten, die schweren Verletzungen, die Zerstörungen, das Leid und Elend der Menschen gehen weiter. *Die Gefahr eines grossen Krieges in Europa droht wieder zu einer denkbaren Zukunft zu werden.* Dass die unmittelbare

Kriegsschuld Russlands ausser Frage steht, ändert nichts daran, dass es zuerst um den Frieden gehen muss.

Krieg ist unmenschlich

Wir wissen aus den Katastrophen der beiden Weltkriege: *Krieg kennt keine Grenzen in sich.* Der Krieg in der Ukraine darf nicht weiter eskalieren und zu einem grossen Krieg werden. Doch bei uns wird bei Waffenlieferungen in die Ukraine immer vor «roten Linien» gewarnt, die nicht überschritten werden dürfen, um sie dann auf inneren oder äusseren Druck doch zu überschreiten. Wir verurteilen die unsägliche Kriegsrhetorik von Politikern der Regierung wie der Oppositionsparteien sowie grosser Teile der Medien.

Das EU-Europa, das sich in eine wachsende Abhängigkeit gegenüber den USA begeben hat, muss wieder zu einer eigenständigen Friedensmacht werden, in der die Diplomatie im Zentrum steht.

Entspannungspolitik

Aus der extrem gefährlichen *Cuba-Krise* von 1962 hatten beide Supermächte gelernt, dass sie die elementaren Interessen und Bedrohungen des Kontrahenten wahrnehmen müssen. Das ist die Grundlage der *Entspannungspolitik*. Doch im Ukraine-Krieg geschieht das Gegenteil.

Vieles erinnert schmerzhaft an den Juli des Versagens 1914 vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Aber in Deutschland sollen wieder Waffensysteme stationiert werden, die mit sehr kurzen Vorwarnzeiten konventionelle Sprengköpfe und sogar Atomwaffen nach Russland tragen können.

Wir sagen Nein zu landgestützten Raketen-systemen, die im INF-Vertrag verboten wurden. Wir sagen Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein heisser Krieg werden kann. Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die «ultima ratio», sie ist die «ultima irratio».

Die Konflikte und Spannungen der Welt werden grösser, wenn der Krieg nicht beendet wird und Russland auf dem Rücken der Ukraine niedergerüstet werden soll. Und im Hintergrund spitzt sich die Rivalität der USA mit der neuen Supermacht China weiter zu.

Die Nato-Staaten werden in der Ukraine faktisch zu Kriegsparteien, wenn sie nicht Aufrüstung und Waffenlieferungen stoppen und zu einer friedlichen Alternative kommen.

Die Strategie, den Gegner niederzurüsten, ist von den Militärs der Nato-Führung vorgegeben und verfolgt in erster Linie die Interessen

der USA. In Wiesbaden entsteht mit 700 Militärs die *NATO Security Assistance and Training for Ukraine* (NSATU), 40 davon stellt die Bundeswehr.

Deutschland droht in den Krieg abzurutschen

Dagegen stehen wir. Auch wenn behauptet wird, dass die NSATU aus der Nato keine Konfliktpartei macht, hat sie nur eine Aufgabe: immer mehr Waffen in die Ukraine zu liefern. Diese Aufrüstung wird in Deutschland koordiniert. Unser Land wird zur Kriegspartei.

Frieden braucht eine «*Europäisierung Europas*» und eine *gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur*.

Mehr Gemeinsamkeit in unserer Welt mit Staaten unterschiedlicher Ordnung kann nur heissen:

Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit. Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg! Wir brauchen eine Politik des Friedens und der Vernunft.

Weitere Friedensaktionen

Wir rufen auf, sich an den Friedensaktionen am 6. August und am 1. September an vielen Orten und am 3. Oktober 2024 an der bundesweiten Demonstration in Berlin zu beteiligen und dafür zu werben.

Berlin, den 17. Juli 2024

Weitere Informationen erhältlich bei Reiner Braun (0172 2317475) und Michael Müller (0172 2462125) sowie unter Friedenschaffen.net